

# MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM AUGUST 2025



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

bevor wir uns alle endgültig in die Sommerpause verabschieden, möchte ich noch einmal die wichtigsten Ereignisse der vergangenen Wochen in Berlin und im Wahlkreis mit euch teilen.

Wie ihr wisst, habe ich Anfang Mai zusätzliche Verantwortung übernommen. Nach meiner Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär bezog ich im Bundesfinanzministerium ein weiteres Büro und bereits am nächsten Tag vertrat ich Lars Klingbeil zum ersten Mal bei einem Treffen der Länder-Finanzminister in Kiel. Dies ist eine der Hauptaufgaben des „Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesfinanzminister“: Den Minister bei seinen Regierungsaufgaben zu unterstützen und ihn im Parlament, in den Ausschüssen und im Kabinett zu vertreten. Deshalb sitze ich nun auch regelmäßig im Plenum auf der Regierungsbank zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesinnenminister, denn dort ist der Platz für den Vizekanzler und Finanzminister bzw. seines Vertreters oder seiner Vertreterin.



Quelle: Spiegel online, 9.7.2025

# Erste große Reformen sofort auf den Weg gebracht

Es freut mich sehr, dass ich zentrale Forderungen der letzten Jahre nun selbst mit unserem neuen Bundesfinanzminister Lars Klingbeil umsetzen kann. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz werden wir in den nächsten zwölf Jahren insgesamt 500 Milliarden Euro für die Modernisierung unseres Landes, für wirtschaftliche Dynamik und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für mehr soziale Gerechtigkeit

**Eine moderne Infrastruktur ist kein Luxus, sondern sichert Lebensqualität und Zukunftschancen für uns alle!**

bereitstellen. 100 Milliarden stehen dabei alleine den Ländern und Kommunen zu. Aus dem Sondervermögen werden zum Beispiel acht Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaschutz für alle Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser bereitgestellt. Es stehen rund 100 Milliarden Euro für die Erneuerung und Sanierung von Bahnstrecken und Straßen, für Digitalisierung und für Forschungsprojekte zur Verfügung. Wichtig ist natürlich eine schnelle Vergabe und Umsetzung, und hier ist freilich auch Bayern gefragt: Eine unbürokratische Weitergabe der Mittel an die Kommunen wird der Schlüssel zum Erfolg sein.

Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden in den Kommunen getätigt. Wir hatten deshalb geplant, dass mindestens 60 Prozent der 100 Milliarden an die Kommunen weitergeleitet werden sollten, damit dort investiert werden kann. Nun aber werden die Bundesländer selbst bestimmen, wie viel Mittel in die kommunale Infrastruktur fließen. Bei der Verteilung der Mittel sollen die Bedürfnisse finanzschwacher Kommunen besonders berücksichtigt werden. Wir werden aber gemeinsam mit den SPD-Kommunalpolitiker\*innen genau darauf achten, dass die Finanzmittel auch an unsere Städte und Gemeinden weitergereicht werden.

## Wir investieren in die Zukunft unseres Landes

-  Schaffung von **Investitionsanreizen** und Entlastung der Wirtschaft
-  Volle **Übernahme von Minder-einnahmen** der Kommunen bis 2029
-  8 Mrd. € **zusätzliche Investitionen** für Kitas, Bildung, Krankenhäuser
-  **100 Mrd. €** aus dem Investitions-paket **für Länder & Kommunen**



Ein zweites wichtiges Vorhaben war der sog. Investitionsbooster. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft wieder mehr investiert, damit Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit gesichert werden. Dabei war mir wichtig, dass Investitionsanreize gezielt und nicht mit der Gießkanne gesetzt werden.

Es war mir eine große Ehre, dass ich in meiner neuen Funktion als Staatssekretär diese neuen Gesetze mitgestalten und einbringen konnte. Ich durfte dazu den Minister sowohl im Kabinett wie auch im Bundesrat vertreten.

Was beschäftigt mich und die SPD-Bundestagsfraktion sonst noch?

# “Brosius-Gersdorf zieht Kandidatur zurück”

**Gerade war mein Beitrag zur verschobenen Richterwahl für diesen Info-Brief fertig, als am Freitag der Rückzug von Frauke Brosius Gersdorf bekannt wurde.**



**Wir standen und stehen zu jeder Zeit zu unserer Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf!**

Die Eilmeldung am Freitag beschäftigt und besorgt mich und die SPD-Bundestagsfraktion sehr. Noch am gleichen Tag hatten wir eine kurzfristig einberufene Fraktionssitzung. Wir sind uns alle einig darin, dass das ein sehr schlechter Tag für unsere Demokratie und war. Eine rechtsextreme Hetzkampagne gegen eine hoch angesehene und kompetente Juristin hat auch in Teilen der CDU/CSU-Fraktion verfangen. Ein Alarmsignal für unsere Demokratie!

Der Richter-Wahlausschuss hatte alle drei Kandidatinnen und Kandidaten mit der nötigen 2/3-Mehrheit beschlossen! Die Wahl war so verabredet. Das ist die Grundlage, auf der Verlässlichkeit fußt.

Die Unionsfraktion muss nun schnell ihre interne Zerrissenheit überwinden und sich an vereinbarte Absprachen halten.

In der Regierungskoalition steht die SPD für Verlässlichkeit und Verantwortung. Die Haltung erwarten wir auch von unserem Koalitionspartner.

# Der Gaza-Krieg muss enden!

**Das humanitäre Leid in Gaza ist erschütternd.** Verhungernde Kinder, zerstörte Infrastruktur, Angriffe auf Hilfesuchende – das widerspricht allem, was das humanitäre Völkerrecht schützt.

**Wir fordern die Bundesregierung auf, sich der gemeinsamen Erklärung Großbritanniens und 28 internationaler Partner anzuschließen:**

**Der Gaza-Krieg muss jetzt enden!**

**SPD** Fraktion im Bundestag

Die Lage in Gaza ist katastrophal und stellt einen humanitären Abgrund dar. Diesen hat das Welternährungsprogramm (WFP) seit Monaten mit erschütternder Klarheit prognostiziert. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte (UN OHCHR) berichtet von knapp 800 Palästinenser:innen, die in der Nähe von Verteilzentren der sogenannten 'Gaza Humanitarian Foundation' getötet wurden. Menschen auf der Suche nach Essen dürfen niemals zu militärischen Zielen werden. Die Berichte über verhungerte Kinder und eine rapide eskalierende Hungersnot zeigen: Wir haben den viel beschworenen ‚point of no return‘ erreicht.

Wir fordern klare und umgehende Konsequenzen. Die völkerrechtswidrige Besatzung und die fortgesetzte Missachtung grundlegender Menschenrechte lassen keinen politischen Interpretationsspielraum mehr zu.

Es ist an der Zeit, dass sich die gesamte Bundesregierung den Initiativen auf europäischer Ebene anschließt, bestehende Kooperationen, wie das Assoziierungsabkommen, auf Eis legt und weitere Maßnahmen, wie den Stopp von Waffenexporten an die israelische Regierung, die völkerrechtswidrig eingesetzt werden, durchsetzt.

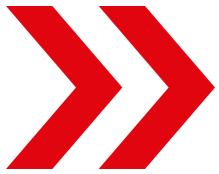
Das ist aus unserer Sicht geboten, um unsere völkerrechtliche Verantwortung, die in unserem Grundgesetz verankert ist, konsequent zu erfüllen.

Zudem haben uns die vergangenen 21 Monate gezeigt, dass es nur auf der Grundlage von diplomatischen Verhandlungen zur Waffenruhe gekommen ist, Geiseln freigekommen sind, und das humanitäre Leid gelindert werden konnte. Deshalb muss es zum Ende der militärischen Operation in Gaza und zum Ende des illegalen Siedlungsbaus in der Westbank kommen sowie einen politischen Willen zur perspektivischen Zwei-Staaten-Lösung geben.

Kurzfristig wollen wir erreichen, dass sich die Bundesregierung beim arabischen Wiederaufbauplan für Gaza aktiv beteiligt und sich der UK-Initiative<sup>1</sup> mit den 28 weiteren internationalen Partnern – wie zum Beispiel Frankreich, Kanada und Österreich – anschließt.



# Ja zur Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens



Auf dem letzten SPD-Bundesparteitag haben wir die Überprüfung eines AfD-Verbotsverfahrens beschlossen. Der Bundesverfassungsschutz hat die AfD auf Bundesebene als "gesichert extremistisch" eingestuft. Gegen die Einstufung ist die AfD juristisch vorgegangen, ist damit jedoch gescheitert. All das sind wichtige Schritte hin zu einem erfolgreichen Verbotsverfahren gegen die AfD. Und ein solches Verbot wäre notwendig und konsequent, denn die AfD verfolgt mit ihrer Politik und mit der Unterstützung illiberaler und demokratiefeindlicher, rechtsextremer Netzwerke das Ziel, mit den Mitteln der Manipulation und Desinformation, der Verunsicherung und der Spaltung unserer Gesellschaft unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung systematisch zu zerstören.

Wir werden daran arbeiten, dass die Regierungskoalition gemeinsam diesen Weg geht.

## Im Wahlkreis

**SPENDENAUFTRUF FÜR  
FAMILIE ESIOVWA**

**Sie brauchen uns jetzt!**

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

Vor drei Jahren traf mich diese Nachricht hart, weil sie nicht nachvollziehbar war: Wie kann es sein, dass eine gut integrierte Familie mit drei kleinen Kindern und mit gesundheitlichen Problemen einfach so abgeschoben wird? Damals sprach ich auf der ersten Demo in Dachau, wir forderten die Rückkehr der Familie, die aber aktuell immer noch unter widrigen Umständen in Nigeria ihr Dasein fristet. Die rechtlichen Hürden für eine mögliche Rückkehr sind unheimlich hoch, nichtsdestotrotz wird weiter daran gearbeitet. Zugleich ist es aber wichtig, die Familie weiterhin finanziell zu unterstützen, auch, um ihr zu zeigen: Sie sind nicht vergessen! Es ist offensichtlich so, dass sich die Eltern die Arztkosten sparen, um für ihre Kinder das Schulgeld zu bezahlen. Deshalb hilft jede kleine Spende, eine regelmäßige Spende aber natürlich noch mehr. Deshalb unterstütze ich gemeinsam mit der SPD im Landkreis Dachau, der SPD-Kreistagsfraktion in Dachau und dem SPD-Ortsverein Karlsfeld den Spendenaufruf des Bayerischen Flüchtlingsrats.

[Hier kannst Du spenden!](#)

# TERMINE



Lars Klingbeil, unser Parteivorsitzender, Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler, kommt nach Dachau!

Im Festzelt des Dachauer Volksfests wird er in bewegten Zeiten klare Worte finden - gegen den Rechtsruck, gegen Resignation, für Zusammenhalt und Demokratie.

Dazu lädt euch der SPD-Ortsverein Dachau herzlich ein!

## **Politischer Dienstag auf dem Dachauer Volksfest**

Dienstag, 19. August 2025

Großes Festzelt, Volksfestplatz Dachau

Einlass ab 16:30 Uhr, Beginn um 18:00 Uhr

Platzreservierungen (vor allem für größere Gruppen) bitte an: [reservierung@spd-dachau.de](mailto:reservierung@spd-dachau.de)

Ich freue mich, viele von euch dort zu treffen.

---

## **Save the Date - Bericht aus Berlin**

Montag, 29. September 2025 im Gasthaus Groß in Bergkirchen. Eine Einladung folgt zeitnah!

---

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie ihr euch denken könnt, sind für mich die neuen Herausforderungen in Berlin im Bundesministerium der Finanzen immens. Ich fühle mich wohl mit meiner neuen Aufgabe, auch wenn ich nun noch mehr Termine wahrnehme und die Koordinierung zwischen dem BMF und meinen Büros nicht leichter geworden ist. Trotz dieser Herausforderungen bleiben aber meine Büros in Berlin und im Wahlkreis wichtige Ansprechpartner für alle relevanten Fragen und Anliegen. Für eine gute Kommunikation - vor allem auch in die Betreuungswahlkreise Freising und Ingolstadt - werde ich voraussichtlich im Herbst ein weiteres Büro in Freising einrichten.

Davor aber liegt jetzt erst die Sommer- und Urlaubszeit. Ich wünsche euch allen gute Erholung, interessante Urlaubsziele und schöne Begegnungen.

Freundschaftliche Grüße,

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,  
Telefon: 08142 5010589 Mail: [michael.schrodi.wk@bundestag.de](mailto:michael.schrodi.wk@bundestag.de)



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.